

Bericht über die Berlin-Reise einer RDF-Delegation am 30. September 2004

[Autor: Dirk Treber]

Ziel der Reise

Im wesentlichen wurden zwei Ziele verfolgt. Zum einen sollten auf Bundesebene die Arbeiten, Erkenntnisse, Interessen und Schwerpunkte des RDF vermittelt werden. Dies bezieht sich sowohl auf das Dialogverfahren als auch auf die durch Gutachten und Hearings erworbenen Fachkenntnisse.

Zum anderen bestand für die Delegationsmitglieder die Gelegenheit, sich über aktuelle Debatten im Bund zu informieren und sich zu diesen Themen zu äußern. Im Mittelpunkt standen dabei die Aspekte *Nachtflugverbot, Flughafensystem, Fluglärmgesetz, Luftverkehrs- bzw. Flughafenkonzept auf Bundesebene sowie die Umsetzung der EU-Betriebsbeschränkungsrichtlinien.*

Teilnehmer der Delegation

Vorsitzender Prof. Johann-Dietrich Wörner

Martin Gaebges, Generalsekretär der BARIG (Luftverkehrsgesellschaften in Deutschland)

Holger Gros, Stadt Dreieich

Dirk Treber, Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF)

Regine Barth, Öko-Institut e. V. (wissenschaftliche Begeleitung des RDF)

Dr. Hans-Peter Meister, IFOK GmbH (Geschäftsstelle des RDF)

Carla Schönfelder, IFOK GmbH (Geschäftsstelle des RDF).

Gesprächsteilnehmer

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Staatsekretärin Margareta Wolf, MdB, Wahlkreisabgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen Gross-Gerau, wohnt in Rüsselsheim; Dr. Franz-Josef Feldmann, Leiter des Referats IG17, Abt. Schutz vor Lärm und Erschütterungen.

Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen:

Winfried Hermann, MdB, Obmann für den Umweltbereich, Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Dr. Sabine Krüger, wissenschaftliche Mitarbeiterin von Winfried Hermann; Felix Beutler (fachpolitischer Referent für ökologische Infrastrukturpolitik von Albert Schmidt, MdB, Obmann für den Verkehrsbereich und Mitglied des Verkehrsausschusses); Maren Fischer (in Vertretung von Anna Lührmann, MdB, Main-Taunus-Kreis).

FDP-Fraktion:

Michael Kauch, MdB, arbeitet zum Thema Fluglärm, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Horst Friedrich, MdB, Obmann für den Verkehrsbereich und verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion; Birgit Homburger, MdB, Obfrau für den Umweltbereich und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

CDU-Fraktion:

Ulrich Petzold, MdB, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Klaus Minkel, MdB aus Bad Vibel, Mitglied des Ausschusses für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen; Dr. Klaus Lippold, MdB,

stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Wahlkreis Offenbach-Land; Brigitta Worringen, wissenschaftliche Mitarbeiterin von Herrn Lippold.

SPD-Fraktion:

Hans-Günter Bruckmann, MdB, Ausschuss für Verkehr-, Bau und Wohnungswesen; Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, MdB, Vorsitzender des Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Gerold Reichenbach, MdB, Wahlkreis Gross-Gerau (Trebur); Uta Zapf, MdB, Wahlkreis Offenbach-Land (Dreieich).

Verkehrsclub Deutschland (VCD):

Prof. Monika Ganseforth, Bundesvorstand; Helmar Pless, Verkehrsreferent, Schwerpunkt Luftverkehr.

Ergebnis der Gespräche

Das BMU bleibt bei den vorgelegten *Grenzwerten zur Novellierung des Fluglärmggesetzes*. Es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die von Umweltbundesamt und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) vorgelegten finanziellen Auswirkungen durch das neue Gesetz bis zum Jahresende prüft. Dann soll auf dieser Grundlage und den Anregungen aus den Anhörungen der Fachverbände, der kommunalen Spitzenverbände und der Länder ein abgestimmter Kabinettsentwurf vorgelegt werden. Dieser Gesetzentwurf soll im nächsten Jahr im Bundestag behandelt und beschlossen werden. Genauere Zeitvorgaben wurden nicht gemacht.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang noch, dass sich mehrere Abgeordnete für eine *Harmonisierung von nationaler Lärmgesetzgebung und den von EU-Seite vorliegenden Richtlinien ausgesprochen haben*. Einheitliche Grenzwerte und abgestimmte Umsetzungsschritte dieser EU-RL werden für sinnvoll erachtet.

Ein *Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen (23bis 5 Uhr)*, welches auf der Grundlage des Planfeststellungsantrags der Fraport AG durch die Hessische Landesregierung erlassen werden soll, wird von Bundesseite (Wirtschaftsministerium) nicht in Frage gestellt. Dies ist die Auffassung aller vier Bundestagsfraktionen.

Wichtig ist jedoch, dies in weiteren Gesprächen mit dem Verkehrsministerium (Minister oder Staatssekretären) zu vertiefen.

Es soll kein Nachtflugverbot für alle deutschen Flughäfen geben, die Lärmreduzierung und/oder -kontingentierung soll regional und für jeden Flughafen individuell gelöst werden, siehe Berlin-Schönefeld, München, Hamburg.

Das Instrument *der Mediation und die Einrichtung eines regionalen Dialogforums* soll bei möglichen Konflikten um den Ausbau von Flughäfen an anderen Standorten, z. B. München, nicht automatisch übertragen werden. Es gibt auch andere Möglichkeiten der Vorgehensweise.

Alle vier Fraktionen zollen dem „Frankfurter Mediations-Verfahren“ Anerkennung und messen ihm grosse Bedeutung bei, z. B. hinsichtlich der Erarbeitung von Gutachten oder der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit: www.dialogforum-flughafen.de

Zum Thema *aktive Flughafenpolitik* wurde von den Vertretern aller Fraktion betont, dass eine *nationale Luftverkehrskonzeption* notwendig ist. Sie soll umfassender sein als das in 2000 erarbeitet *Flughafenkonzept der Bundesregierung*. Nähere Einzelheiten wurden noch

nicht mitgeteilt, allerdings gibt es von Seiten der „Initiative Luftverkehr“ bereits entsprechende Vorstellungen. Diese werden demnächst der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Bundesfraktionen arbeiten bereits an eigenen Konzeptionen, diese sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Mit den Vertretern des VCD wurde über das vorliegende Fluglärmgesetz, das Mediationsverfahren in Frankfurt und die Arbeit des Regionalen Dialogforums gesprochen. Allen Interessierten sei ganz besonders der *VCD Newsletter „Flugverkehr & Umwelt“* empfohlen. Die 2. Ausgabe erscheint in Kürze.

Der Newsletter kann kostenlos in elektronischer Form beim Verkehrsclub Deutschland (VCD) e. V., Eifelstrasse 2, 53119 Bonn, Tel: 0228/98 585 –0, Fax: 0228/98 585 – 10, mail@vcd.org, www.vcd.org bestellt werden.